

AM 10. JUNI IST

von 8 bis 21 Uhr!

EUROPAWAHL

Liebe Mitbürgerinnen und
Mitbürger!

Am 10. Juni sind die ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament. Dabei spielen Sie die Hauptrolle. Aber nicht nur Sie allein. Rund 42 Millionen Bürger in der Bundesrepublik gehen zur Wahl. Über 180 Millionen sind es in Europa!

Diese Wahl ist einzigartig in Europa. Neben Ihnen gehen noch Belgier, Briten, Dänen, Franzosen, Holländer, Iren, Italiener und Luxemburger zur Wahl. Zur ersten gemeinsamen Wahl in der Geschichte Europas!

Sie bestimmen mit, wie die Weichen für die Zukunft Europas Europas gestellt werden.

Entscheiden Sie sich für ein Europa der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität!
Sagen Sie Nein zu einem Europa der Volksfront und der Sozialisten!

Die CSU baute Europa mit auf

Wer die Bedeutung der ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament richtig einschätzen will, muß die bisherigen Etappen auf dem Weg zur europäischen Einigung kennen. Unter CDU/CSU-geführten Regierungen schloß die Bundesrepublik Deutschland die Verträge zur Einigung Europas.

1949 Gründung des Europarates, des Zusammenschlusses von heute 21 freien europäischen Ländern zur allgemeinen Zusammenarbeit in politischen, kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Fragen.

An der Wiege Europas standen drei große europäische Staatsmänner, die Christlichen Demokraten Konrad Adenauer, Robert Schuman und Alcide de Gasperi.

Konrad Adenauer sagte in seiner ersten Regierungserklärung 1949:

„Wir wünschen, möglichst bald in die Europäische Union aufgenommen zu werden. Wir werden gerne und freudig an dem großen Ziel dieser Union mitarbeiten.“

1950 Der französische Außenminister Robert Schuman schlägt die Gründung einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion) vor.

1951 Der Vertrag über die Montanunion wird unterzeichnet.

1957 Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft EWG wird gegründet. Sechs europäische Länder: Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Niederlande, Belgien und Luxemburg unterzeichnen die Römischen Verträge.

Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft Euratom.

1958 Die Römischen Verträge treten in Kraft. Erster Präsident der EWG-Kommission wird der CDU-Politiker Walter Hallstein.

1961 Die EWG-Staaten beschließen eine engere politische Zusammenarbeit. Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien, Dänemark und Irland werden aufgenommen.

1963 Die Beitrittsverhandlungen sind zunächst gescheitert.

1967 Die Exekutivorgane der EWG, der Montanunion und der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) werden zusammengelegt.

1968 Die Zollunion in der EWG wird verwirklicht, ein gemeinsamer Arbeitsmarkt geschaffen.

- 1969 Die Gipfelkonferenz der EWG in Den Haag beschließt die Einführung einer Wirtschafts- und Währungsunion bis 1980.
Die 12jährige Übergangszeit der EWG ist beendet. Ab jetzt heißt die Gemeinschaft: Europäische Gemeinschaft (EG).
- 1970 Die Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien, Dänemark und Irland werden wieder aufgenommen. Erstmals wird auch über den Beitritt Norwegens verhandelt.
- 1972 Die Gipfelkonferenz der EG in Paris beschließt den Ausbau der EG zur Europäischen Union.
- 1973 Großbritannien, Dänemark und Irland treten der EG bei. Damit sind jetzt neun Länder in der EG.
- 1974 Die Gipfelkonferenz der EG in Paris beschließt die Einrichtung des Europäischen Rates als Gremium der Regierungschefs der Mitgliedsstaaten. Der belgische Ministerpräsident Leo Tindemans – ein Christlicher Demokrat – wird beauftragt, einen Bericht zur europäischen Einigung auszuarbeiten.
- 1975 Griechenland beantragt die Aufnahme in die EG.
- 1976 Der Tindemans-Bericht über die Europäische Union wird vorgelegt. Die Europäische Volkspartei (EVP), Zusammenschluß der christlich-demokratischen Parteien in der EG, wird gegründet, um die politische Einigung Europas voranzutreiben.
Der Europäische Rat beschließt Direktwahlen zum Europäischen Parlament.
- 1977 Spanien und Portugal beantragen ihre Aufnahme in die EG. Helmut Kohl sagte in seiner Rede auf dem Grundsatzforum der CDU in Berlin:
„Die Freiheit Deutschlands und Europas ist nur durch die Zusammenarbeit mit den freiheitlichen Demokratien des Westens

Die SPD sagte immer Nein

- 1950 Die SPD sagt Nein zum Beitritt der Bundesrepublik zum Europarat.
Die SPD sagt Nein zur Entschließung der CDU für die Montanunion.
- 1951 Die SPD sagt Nein zum Plan Robert Schumans für eine gemeinsame europäische Außenpolitik.
- 1952 Die SPD sagt Nein zur Montanunion.
Die SPD sagt Nein zur Mitarbeit an einer künftigen europäischen Verfassung.
- 1954 Die SPD sagt Nein zur Idee einer künftigen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.
- 1955 Die SPD sagt Nein zum Beitritt der Bundesrepublik zur Westeuropäischen Union.
- 1960 Der SPD-Pressedienst zum 84. Geburtstag Konrad Adenauers:
„Er gehört zu den Architekten einer Politik, für die es keine Zukunft gibt“.

Gehen Sie zur Wahl.

Jede Stimme entscheidet
dabei mit darüber,
wer künftig in Europa
das Sagen haben wird.

Gehen Sie zur Wahl.



Wählen Sie richtig.
Entscheiden Sie sich
für die Politik der

CSU



Ein Wort an die Jugend:

Vor rund 10 Jahren machte sich u.a. die JUNGE UNION für die Herabsetzung des Wahlalters von 21 auf 18 Jahre stark. Die Jugend sollte mitentscheiden, mitverantworten.

Die bevorstehenden Direktwahlen zum Europaparlament sind ein bedeutsamer Schritt, langfristig auch die Zukunftschancen junger Menschen zu sichern.

Machen Sie daher von Ihrem Wahlrecht Gebrauch. Wahlrecht ist auch für den jungen Staatsbürger Wahlpflicht!

Gehen auch Sie zur Wahl!
Entscheiden auch Sie sich für die Freiheit und gegen den Sozialismus!

Herausgegeben von den Ortsverbänden der CSU und JUNGE UNION
Hunderdorf

Verantwortlich: J. Hamberger
J. Breu